

Gemeinde Rastede
Herrn Bgm.
Dieter Decker
Rathaus
26180 Rastede

**Gemeinderatsfraktion
Gerd Langhorst**

Seilerweg 20
26180 Rastede-Südende
Telefon: 04402 /3306
Fax: 04402 /51230
Mobil: 0160 97749467
Email: gerd@langhorst.eu
www.gruene-rastede.de

Südende, den 27.11.2007

Stellungnahme der Gemeinde Rastede im Raumordnungsverfahren zur A22

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Decker,

im Namen der Ratsfraktion beantrage ich, den Gremien die folgende Stellungnahme zum ROV zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

„Die Gemeinde Rastede ist von der Planung für die sog. „Küstenautobahn“ A22 stark betroffen, da **zwei** der möglichen Haupttrassen auf dem Gebiet der Gemeinde liegen.

Die raumordnerische Planung eines solchen Großinfrastrukturprojektes mit den unbestreitbar damit einhergehenden negativen Auswirkungen auf Lebensqualität und Gesundheit, Natur, Landschaft und mittelständische Wirtschaft auf dem Gebiet der Gemeinde –**egal auf welcher der bisher untersuchten Trassen**– steht den mittel- und langfristigen Entwicklungszielen der Gemeinde unter dem Leitbild „Residenzort Rastede“ nicht nur entgegen, sondern behindert sie.

Die Gemeinde Rastede ist bisher gekennzeichnet ist von einer hohen Lebensqualität, einer prosperierenden mittelständischen Wirtschaft und einem damit einhergehenden Arbeitsmarkt, der durch unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, einem sich positiv entwickelnden „sanften“ Tourismus mit weiterem Entwicklungspotenzial sowie einer sehr guten verkehrlichen Infrastruktur, die ihresgleichen sucht.



Konkret zu erwarten sind durch den Bau der A22:

- Zusätzliche Umweltbelastungen durch Lärm, Feinstaub und Luftschadstoffe mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Gesundheit;

*(Wir verweisen auf die Autobahn A 29, die seit 1976 das Gemeindegebiet zerschneidet und im Bereich des Mittelzentrums Rastede sowie in Hahn/Lehmden und in Wapeldorf **ohne Lärmschutz** einen breiten Korridor mit Lärm überzieht und deswegen dort eine sinnvolle bauliche Erweiterung verhindert. **Für den Nordbereich der Gemeinde gilt, dass sich die vorhandenen Lärm- und Abgasmengen durch den Bau der A22 in Wapeldorf weiter steigern würden. Der dort erforderlich werdende Bau eines Autobahnkreuzes bedeutet für Wapeldorf eine so starke Belastung, dass diese Ortschaft für Wohnzwecke nicht mehr geeignet wäre.***

Die sog. Südtrasse verläuft nah am Mittelzentrum Rastede und wird ebenfalls zu einer höheren Emissionsbelastung mit ebenfalls negativen Folgen für eine Weiterentwicklung des Ortes und an der Trasse liegenden Bauernschaften führen);

- weitere Zunahme des Individualverkehrs („Wer zusätzliche Straßen baut, wird noch mehr Verkehr ernten“);
- Zerschneidungen intakter dörflicher Strukturen
- Eine höhere Verkehrsbelastung auf zukünftig zu Zubringerstraßen zur A22 werdenden Straßen;
- Der weitere Verlust an bisher noch wenig belasteten Naturräumen, damit einhergehend ein Attraktivitätsverlust für die Naherholung der Einwohner sowie für Touristen, die die Gemeinde zunehmend gerne zum Radfahren entdecken;
- Massive Wertverluste der Immobilien und Grundstücke im Lärmkorridor einer neuen Autobahn, (ca 1 km zu beiden Seiten der Trasse, und zwar schon jetzt im Planungsstadium);
- ein Verlust landwirtschaftlicher Flächen, einhergehend mit betriebswirtschaftlichen Erschwernissen für betroffene Landwirte.

Dagegen steht in der Güterabwägung kein darstellbarer Nutzen durch die A 22 für die Gemeinde und seine nachhaltige Entwicklung:

- Die Gemeinde kennt in ihrem Gebiet keine verkehrlichen Probleme, die aus zu großer Verkehrsbelastung stammen und die mit einer A22 , -auf welcher Trasse auch immer verlaufend -, gelöst würden;
- Ein Mangel an zur Verfügung stehenden autobahnnahen Gewerbeflächen besteht dank der zur Verfügung stehenden Flächen an der Autobahn A29 nicht;
- Ein Nutzen für Wirtschaft und Arbeitsplätze in der Gemeinde ist in keiner Weise belegt oder wissenschaftlich begründet. Im Gegenteil zeigen diverse Studien der jüngeren Zeit zur Wirkung von Autobahnneubauten auf Arbeitsplätze und Wirtschaft im ländlichen Raum (u.a. „**Jobmaschine Straßenbau?**“ hrsg. Von Peter Hettlich, „**Demografische und wirtschaftsstrukturelle Auswirkungen auf die künftige Mobilität der**

Bevölkerung“, Wissenschaftszentrum Berlin, Weert Canzler u. Andreas Knie, „**Bedeutet mehr Straßenbau mehr Arbeitsplätze?**“, von „Umkehr e.V.“, sowie die Forschungsarbeiten von Prof. Gather vom verkehrswissenschaftlichen Institut der FH Erfurt zum Thema); die Überschätzung dieses Arguments.

- Drohender Schaden durch weiteren Kaufkraftabfluss zugunsten von Oberzentren und in deren Folge eine Schwächung der Wirtschaft in der Gemeinde. Auch wenn einige Branchen, allen voran Logistikunternehmen, von einer weiteren Autobahn betriebswirtschaftlichen Nutzen erwarten, wird die Wirtschaft der Gemeinde insgesamt nur sehr geringe Impulse bekommen, die den Bau der A22 jedoch nicht rechtfertigen können.

Über diese Gründe hinaus weist die Gemeinde Rastede im Sinne seiner Verpflichtung für die Daseinsvorsorge auf vier Probleme hin, die unmittelbar mit dem Bau einer A22 zusammen hängen:

- Die zukünftigen zusätzlichen finanziellen Belastungen durch eine notwendigerweise kreditfinanzierte Autobahn sowie die hohen Folgekosten für Erhalt und Unterhalt der Strecke für die Steuerzahler sind enorm. Sie stehen in keinem positiv darstellbaren Verhältnis zu einem etwaigen Nutzen.
- Angesichts der auch politisch eingegangenen Verpflichtung zum Klimaschutz und zur Reduktion von CO₂-Emissionen ist die Planung einer weiteren Autobahn für den ökologisch unsinnigsten Gütertransport durch Fernverkehr auf der Straße kontraproduktiv.
- Die aktuellen Prognosen für eine weitere Zunahme des Verkehrs sind nicht belastbar und müssen angesichts rasant steigender Energiekosten auf eine neue, realistische Grundlage gestellt werden. Es ist daher auch ökonomisch unsinnig, für die Überbrückung weiter Distanzen, **-und nur dafür würde ja eine Transitautobahn A22 gebaut werden-**, auf den Güterverkehr per LKW zu setzen.
- Der Bau der A22 erfordert den Bau eines weiteren Elbtunnels. Dieser Tunnel wird wegen der Tiefe des Elbfahrwassers und der erforderlichen Länge von 8,2 km gewaltige Kreditmittel des Bundes in Milliardenhöhe erfordern. Die behauptete Möglichkeit der Befürworter einer A22, die Finanzierung sei in Form einer „Privat-Öffentlichen-Partnerschaft“ möglich, bei der private Betreiber aus Mautgebühren die Kosten von Bau und Unterhalt decken und den Tunnel gewinnbringend betreiben, ist angesichts der vorliegenden Verkehrsprognosen illusorisch.

Die Gemeinde Rastede lehnt daher die Planung der A22 nicht nur auf ihrem Gebiet, sondern insgesamt ab.“

Freundliche Grüße,

Gerd Langhans